

## **Auf dem Weg zu einem Deutschland ohne Deutsche**

Von Peter Gauweiler

Man kann einer Nation sogar in bester Absicht den Untergang wünschen. Goethe tat das: "Verpflanzt und zerstreut wie die Juden in alle Welt müssen die Deutschen werden!", zitiert ihn Thomas Mann. Goethe fügte diesem Postulat hinzu: " - um die Masse des Guten, die in ihnen liegt, ganz und zum Heil der Nationen zu entwickeln."

Deutschland ohne Deutsche. Die historische Situation war in unserer Geschichte beinahe schon einmal eingetreten - nach dem Dreißigjährigen Krieg. Der Deutschland "entvölkerte, es verhängnisvoll in der Kultur zurückwarf und durch Unzucht und Seuchen aus dem deutschen Blut wahrscheinlich etwas anderes gemacht hat, als es im Mittelalter gewesen sein mag" (so Thomas Mann in "Deutschland und die Deutschen").

Dieser Tage brauen und brüten die Parteien die Zukunft weltweiter Einwanderung nach Deutschland. Dass ein Land nicht mehr Ausländer aufnehmen darf, als es (Originalton Helmut Schmidt) "verdauen" kann, heißt dabei die eine Wahrheit, dass Zuwanderung im Einzelfall statt Belastung (auch) Bereicherung bedeuten kann, die andere.

Eine Veröffentlichung im evangelischen Nachrichtenmagazin "idea" dieser Tage - "Werden unsere Großstädte islamisch?" - stützt sich nun auf nüchternes Zahlenmaterial aktueller Studien, die von namhaften Bevölkerungswissenschaftlern verfasst worden sind. Da heißt es: D "Geht man für die zukünftige Entwicklung hinsichtlich der Zuwanderung von einem mittleren Szenario aus, ist in den Jahren 2015 bis 2025 mit etwa 10 bis 12 Millionen ausländischen Mitbürgern zu rechnen."

D "In Stuttgart und München wird zu diesem Zeitpunkt rund jeder zweite, in Berlin und Hamburg etwa jeder vierte Einwohner keinen deutschen Pass haben. In jüngeren Altersgruppen wird der Ausländeranteil auf jeden Fall deutlich höher sein."

D Nicht in 25, sondern in 10 Jahren wird sich nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen der Ausländeranteil in der wichtigsten Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen auf 40 bis 50 Prozent erhöhen (2010: Düsseldorf 41,6 Prozent / Remscheid 44,7 Prozent / Duisburg 45,9 Prozent).

Alle Bundeskanzler seit den Tagen Kiesingers warnten vor der Dramatik dieser Entwicklung. Ein Konzept, diese Eskalation in den Griff zu bekommen, hatten sie nicht. Schon unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde ein von allen Parteien und Verbänden getragener "Anwerbestopp" für ausländische Arbeitnehmer beschlossen, der bis heute gilt. Dass von damals bis heute bald sieben Millionen (!) Ausländer trotzdem "zugezogen" sind, hat mit einer folgeschweren Änderung der Rechtsprechung zu den Grundgesetzartikeln Asyl und Familie zu tun. Eine Änderung, welche sich damals ebenfalls durchsetzte. Die Folge waren individuell einklagbare Rechtsansprüche aller Erdenbürger vor deutschen Gerichten. Die Zuwanderungs-Explosion kam, als den nämlichen Ausländern mit Betreten deutschen Bodens Anspruch auf deutsche Sozialhilfe oder vergleichbare Leistungen gewährt wurde ("Sozialstaatsprinzip"), was es in dieser Form in keinem anderen Land der Erde gab und gibt.

So folgt der Zuzug nach Deutschland - anders als bei den Einwanderungsländern USA, Kanada oder Australien - wegen des Anwerbstopps einerseits keinen Interessensvorgaben der eigenen Wirtschaft. Vielmehr wurde zur rechtlichen Basis des Geschehens das moralische Zufallsprinzip eines "verfassungsrechtlich" einklagbaren Asylanspruchs beziehungsweise des Anspruchs aller Familienclans dieser Erde, in Deutschland "zusammengeführt" zu werden. Nach Willen der Grünen soll das in Bälde auch für "ausländische Partner von Schwulen und Lesben" gelten. Wie weit die allgemeine Entschämung in Deutschland fortgeschritten ist, zeigt die Tatsache, dass sich selbst über diese bizarre Forderung niemand mehr aufregt.

Die Politik muss handeln. Wir brauchen ein Einwanderungsregelungs- und -begrenzungsgesetz, das diesen Namen verdient. Wenn nicht die Prognose eines anderen Bevölkerungswissenschaftlers sich verwirklichen soll, des hoch angesehenen Professors Meinhard Miegel, Berater des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf:

"Möglicherweise ändert die Bevölkerung ihre Einstellung erst, wenn sich auf Grund ihrer zahlenmäßigen Abnahme, ihrer Überalterung und des zahlenmäßigen Anstiegs nicht integrierter Zuwanderer ihre Lebensbedingungen drastisch verschlechtern. ... Sollten demographische Korrekturen nicht mehr möglich sein, würde die ethnische und kulturelle Identität dieser Bevölkerung erlöschen. Ohne Veränderung der derzeitigen Trends dürfte in Deutschland dieser Zeitpunkt in etwa einem Jahrhundert erreicht sein."

Dann gibt es keine Deutschen mehr. Man würde damit Adolf Hitlers letzten Wunsch erfüllen, der im Untergangsszenario seiner Reichskanzlei in eisigem Ton die Vernichtung des deutschen Volkes verfügte.

Wollen wir das?